

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Verlagsverteilung:
Gefellstraße 3-5 Ullst.

Verleger: Dornsch-Verlag GmbH,
Berlin SW 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hitler und Ludendorff auf der Anklagebank.

Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit.

BS. München, 26. Februar.

Unter außergewöhnlich starken Vorsichtsmaßnahmen hat heute morgen um 8 1/2 Uhr der Hitler-Ludendorff-Prozess begonnen. Der mächtige Komplex der ehemaligen Militärbildungsanstalt, in dessen einem Gebäude die Verhandlung sich abrollt, lag einsam und verlassen da. Mächtige Berhaue aus Stachel- und Drahtspitzen, die die Bluthentzugstraße, und nur wer im Besitz einer Karte ist, darf zunächst das Verhau, hinter dem Landespolizei und Schutzmannschaft in Stahlhelmen aufgestellt ist, passieren. Durch eine zweite Kontrolle am Tor der Offiziersschule gelangt man in die erste Etage und hier löst eine Sperre die andere ab.

Jeder wird auf Waffen untersucht;

Aktentaschen müssen geöffnet werden. Die Damen müssen sich in einem besonderen Zimmer sogar die Fingerringe und Strümpfe auf Waffen untersuchen lassen.

Der eisengetäfelte Offizierssaal, in dem die Verhandlung beginnt, ist schon um 8 Uhr gefüllt. Nur wenige Zuhörer — etwa 30 — bilden die Öffentlichkeit, außer den Pressevertretern, die in drangvoll fürchterlicher Enge untergebracht sind. Auf den ersten Bänken, die für die bayerische Regierung reserviert sind, sah man auch Vertreter der Reichsbehörden, und zwar des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums. Schon vor der Verhandlung gab es eine wenig erfreuliche Ueberraschung. Die Pressestelle der bayerischen Staatsregierung hatte die Anklage verweigert, um sie den Pressevertretern zur Verfügung zu stellen. Der Vertreter der Anklage erhob jedoch dagegen Barmwahrung, da er beabsichtige, gewisse Teile der Anklageschrift unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verlesen.

Kurz nach 8 1/2 Uhr kam Bewegung in das Heer von Polizeibeamten, das die Gänge und Treppen besetzt hielt. Von den Offizierszimmern an, in denen die in Haft befindlichen Angeklagten untergebracht sind, und in denen sich auch die auf freiem Fuße befindlichen Beschuldigten versammelten, bis zum Sitzungssaal wurde ein ununterbrochenes Spalier von Kriminalbeamten und Schulheuten gebildet. Alle Türen mußten geschlossen werden, niemand durfte sich auf den Gängen zeigen, die in Reserve stehenden

Pressevertreter wurden im Pressezimmer eingesperrt.

Um 9 Uhr begaben sich dann die Angeklagten in geschlossenem Zuge zur Verhandlung. An der Spitze gingen Ludendorff und Pöchner, rechts und links begleitet von Kriminalbeamten. Ihnen folgten einzeln hintereinander Hitler, Oberstleutnant Kriebel, Hauptmann Röhm und die übrigen Angeklagten, ebenfalls sämtlich von Kriminalbeamten eskortiert und von ihren Verteidigern begleitet. Erst nachdem der Zug im Sitzungssaal verschwunden war, wurde die Sperre über die Gänge wieder aufgehoben, doch blieb das ungeheure Polizeiaufgebot auf dem Posten.

Alle Angeklagten, mit Ausnahme Bomaners, trugen Zivil. Darauf eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Reichardt, ohne Einleitung die Verhandlung durch den Aufruf der Angeklagten. Zunächst wurden die Personalisten festgesetzt. Auf die Frage, ob er sich verhandlungsfähig fühle, bejahte Pöchner laut und deutlich.

Hierauf verlas Staatsanwalt Ehrhardt die Anklageschrift.

deren wesentlichen Inhalt wir bereits in der Morgenausgabe wiedergegeben haben. Es wird erzählt, wie am Abend des 8. November im Bürgerbräukeller in München eine Versammlung stattfand, in der Generalstaatskommissar a. D. v. Kahr, in dessen Begleitung sich General v. Lossow und Oberst Seißer befanden, sprechen sollte. Bspätsch sei Hitler, einen Revolver in der Hand, eingedrungen. Bewaffnete hätten alle Türen besetzt und Hitler habe Kahr mit vorgehaltenen Pistolen am Weiterreden verhindert. Dann habe Hitler das Podium bestiegen und der Menge erklärt, daß die Reichsregierung abgesetzt sei und eine neue Reichsregierung durch ihn, Hitler, gebildet werde. Er hoffe, daß v. Kahr, Lossow und Seißer ihm durch Uebnahme der ihnen zuwachenden Kommandos behilflich sein würden. Weiter schilderte die Anklage, daß dann in einem Nebenraum zwischen Hitler, Kahr, Lossow, Seißer und dem später zukommenden General Ludendorff eine Unterredung stattgefunden habe, an deren Schluß

Kahr nach anfänglichem Weigern sich bereit erklärt

habe, das Amt eines „Verweilers in Bayern“ zu übernehmen. Dann folgte eine militärische Konferenz, in der Hitler seine politischen Ziele entwickelt habe — Sturz der Reichsregierung und Vormarsch auf Berlin —, in der General Ludendorff versprach, daß eine Grenzsicherheitsarmee gegen General v. Seeckt geschaffen werde.

Die Hitler erobernden Verbände hatten in der Umgebung des Bürgerbräukellers Aufstellung genommen. Diese Aufstellung war von Hitler „Generalstabschef“, dem Oberstleutnant v. Kriebel, auf das sorgfältigste vorbereitet worden. Am 8. November hatte nämlich im Generalstaatskommissariat eine Besprechung der Führer der vaterländischen Verbände stattgefunden, an der auch Oberstleutnant v. Kriebel teilnahm. In dieser Besprechung hatten, so erklärte v. Kriebel, Kahr und v. Lossow mitgeteilt, daß am 23. Oktober in München die Führer der nationalsozialistischen Sturmabteilung Bayerns zusammengetreten seien, und daß in dieser Tagung Mitteilungen von der unmittelbar bevorstehenden Errichtung einer Reichsleitungsarmee Ludendorff gemacht worden sei.

Von Bayern aus würde ein bewaffneter Vormarsch nach Berlin begonnen werden.

Kahr, Lossow und Seißer wären mit diesem Vorgehen Hitlers ein-

verstanden. Es ist auch ein Flugblatt gefunden worden, das unter Mißbrauch des Namens des Generals v. Lossow die Reichswehr aufforderte, nach Berlin zu marschieren. Trotz der Warnung des Generalstaatskommissariats am 6. November trieb der Kampfbund an dessen Spitze v. Kriebel stand, die Aktion weiter, und tags darauf, am 7. November, versandte Oberstleutnant v. Kriebel das bekannte Schreiben an die Verbände „Bund Bayern und Reich“, „Organisation Ehrhardt“, „Reichsflagge“, „Jäger“, „Hermannsbund“ und an Oberstleutnant Wüner, in dem es u. a. heißt:

„Der Herr Generalstaatskommissar hat durch Landeskommendant und Oberst von Seißer klar und unzweideutig erklärt, daß er jetzt entschlossen ist, gegen jeden Verband, der aus sich selbst heraus einen gewalttätigen Umschwung herbeizuführen sucht, mit Waffengewalt vorzugehen. Ferner erklärte in diesem Schreiben Herr von Kriebel, daß Meinungsverschiedenheiten, die ein Zusammengehen mit den einzelnen Verbänden unmöglich machen, ihn nicht hindern können, sich mit der gesamten militärischen Macht des deutschen Kampfbundes an die Seite des Verbandes zu stellen, gegen den Reichswehr und Landespolizei mit Waffengewalt aufzubrechen wird.“

Von diesem Schreiben hat wohl Kahr Kenntnis bekommen, schon am 7. November teilte General v. Lossow seinen maßgebenden Offizieren den Inhalt mit. Er

Informierte sie über den drohenden Putsch,

und am 8. November fand eine Besprechung der Obersten Landespolizeikommandos Bomaners bei Oberst von Seißer statt, wobei der letztgenannte ausdrücklich erklärte, daß jeglicher Putsch mit Waffengewalt verhindert werden müsse.

Inzwischen wurden durch Oberstleutnant Kriebel und dem Dr. von Schaubner-Richter, der später erschossen wurde, die Führer der über ganz Bayern zerstreuten „nationalen Sturmtruppen“ benachrichtigt. Am 8. November in München einzufinden, nachdem am 6. November eine Alarmierung der Führer stattgefunden hatte. Bei diesem Alarmierung

erhielten die Führer verlegte Alarmbefehle,

die sie erst am 8. November öffnen sollten. Der Inhalt dieser Alarmbefehle war, daß die Hitler-Garden sofort nach München kommen sollten. Ebenso war das nationalsozialistische Regiment „München“ am 8. November mittags alarmiert. Im Abend- und in der Maximilianstraße erhielten die Mannschaften Waffen. Am 8. November abends 8 Uhr drang eine Gruppe des Bundes „Oberland“ in die Kaserne des Reichswehrregiments 19 ein, um sich dort der Waffen der Reichswehr zu bemächtigen. Dieser Versuch mißlang, die Rebellen wurden von den regulären Truppen hinausgedrängt. Weiter hatte Hitler für seinen Staatsstreich die

Offizierskapitän der Infanterieschule

gewonnen. Die Mitglieder der Schule waren schon seit Wochen durch Hitler und Oberstleutnant a. D. Korbach bearbeitet und schließlich für eine „nationale Bewegung“ gewonnen worden. Es war dies um so leichter möglich gewesen, als den Offizierschülern mitgeteilt war, daß General Ludendorff sich an die Spitze der Bewegung stellen werde. Tatsächlich ist auch eine Abordnung dieser Offizierschüler unter Führung des Leutnants Wagner bei Ludendorff gewesen, der bei dieser Gelegenheit davon sprach, daß

nach seiner Auffassung die nationale Erhebung von Bayern aus in nahe bevorstehender Zeit sich über ganz Deutschland hinweg verbreiten werde. Bei dieser Gelegenheit erklärte Ludendorff, der günstigste Augenblick zum Losschlagen wäre wohl der Ausbruch des Konfliktes Seeckt-Lossow gewesen, doch würde die Aktion auch so zur Vollendung kommen.

Am Abend des 8. November haben sich dann die Infanterieschüler der Bewegung Hitler angeschlossen und sind dann unter Führung Korbachs gegen das Generalstaatskommissariat eingeleitet worden, ohne daß gestoppt wurde. Hitlers Hauptquartier befand sich im Bürgerbräukeller und von hier aus wurden die Aktionen gegen die militärisch wichtigsten Gebäude der Stadt unternommen. Die Mannschaften der „Reichsriegsflagge“ nahmen unter Führung des Hauptmanns a. D. Röhm das Wehrkreiskommandogebäude und verhafteten die dort anwesenden Reichswehrkräfte. In der Nacht vom 8. zum 9. November kamen Hitler und Ludendorff in das Wehrkreiskommando und versuchten von dort aus General v. Lossow zu einer Besprechung zu bekommen. Lossow dagegen verbatte die an ihn gefandenen Parolen und ließ nun Hitler offiziell mitteilen, daß die Reichswehr und die Landespolizei mit allen Mitteln gegen den Aufbruch vorgehen würden. Uebrigens erfuhr Ludendorff, Hitler und Pöchner, daß die bayerische Reichswehr gegen München marschiere und die Münchener Garnison sich weigere gegen München zu marschieren und die Münchener Garnison sich zum Kampf vorbereite. Ein Versuch Pöchners, das Polizeipräsidium zu besetzen, mißlang, und Pöchner wurde dabei verhaftet. Jetzt griffen die Auftritte zu den letzten Mitteln, sie inszenierten einen großen „Triumphzug“, um die Münchener Bevölkerung über den wahren Stand der Dinge hinwegzuführen. Am 9. November mittags setzte sich ein großer Zug von Bürgerbräukeller aus mit Ludendorff und Hitler an der Spitze in Bewegung und entwarf, nebe an der Ludwigsbrücke die Landespolizei. In der Nähe der Feldherrenhalle aber kam es zu den bekannten blutigen Zusammenstößen, bei denen

einige zwanzig Personen getötet wurden.

Inzwischen hatte die Reichswehr des Wehrkreiskommando entlehnt und Ludendorff wurde gefangen genommen. Hitler dagegen entfloh. Damit war der Putsch zu Ende, die übrigen Aufstörer, soweit sie nicht getötet oder gefangen genommen waren, verblieben in kleinen Truppen München.

Nach kurzer Zusammenfassung der Einzelheiten kommt die Anklage zu dem Schluß, daß alle Beteiligten, auch der Angeklagte Pöchner, sich des Hochverrats schuldig gemacht haben.

Hiermit war die Verlesung der Anklage beendet und Erster Staatsanwalt Stenglein ergriff das Wort:

„Ich beantrage, die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses auszuschließen, da bei der Erörterung der Dinge, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, zu befürchten ist, daß Sachen zur Sprache kommen, die namentlich in außenpolitischer Richtung Gefahren für den Staat und das Vaterland bringen. Ich beantrage weiter, die Beratung über diesen meinen Antrag unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchzuführen.“

Rechtsanwalt Dr. Holl erklärte, daß die Verteidigung die Verantwortung vor der Öffentlichkeit abgeben müsse, falls dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf Ausschluß der Öffentlichkeit erkannt werden sollte. Die Anklage fordere die Verhandlung in vollster Öffentlichkeit. Man dürfe der Verteidigung ebenso wie den Angeklagten zutrauen, daß sie selbst an den Stellen, an denen Dinge berührt werden sollten, die das Vaterland zu schädigen geeignet seien, das Gericht aufmerksam machen würden.

Rechtsanwalt Roder, der Verteidiger Hitlers, führte aus, daß man zunächst einmal doch darüber im klaren sein müsse, was denn unter Ausschluß der Öffentlichkeit überhaupt verhandelt werden solle. Die Angeklagten hätten ihr Vaterland in den Vordergrund gestellt, und sie würden es auch jetzt nicht durch ihre Ausführungen schädigen. Es sei nur zum Ruhm des Reiches, wenn das, was doch einmal gesagt werden müsse, in vollster Öffentlichkeit zur Sprache komme.

Justizrat Kobl: Der Generalstaatskommissar Herr v. Kahr hat der Öffentlichkeit erklärt, das Volk möge sich beruhigen, es werde alles in vollster Öffentlichkeit verhandelt und man werde alle Zusammenhänge erfahren. Ich erinnere das Gericht an dieses Versprechen. Meine weiteren Ausführungen, die ich gerade über diesen Punkt zu machen habe, bitte ich jedoch unter vorübergehendem Ausschluß der Öffentlichkeit machen zu können.

Als Verteidiger Ludendorffs

erklärte Rechtsanwalt Dr. Zweigbrunn-Göttingen: Die beiden Anträge des Herrn Staatsanwalts bedeuten für uns alle eine außerordentliche Ueberraschung. Wenn die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses ausgeschlossen werden sollte, so hätte man das bereits vor der Beratung der Anklage tun müssen. Jetzt aber, nachdem hier öffentlich die den Angeklagten zur Last gelegten Dinge genannt worden sind, müssen die Angeklagten auch das Recht haben, sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Die Angeklagten, die mit Leib und Seele für ihr Vaterland im Kriege eingetreten sind, werden auch hier die nötigen Grenzen zu finden wissen und ihr Vaterland nicht schädigen.

Nach längerer Beratung verordnete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Reichardt: „Das Gericht hat beschlossen, die Öffentlichkeit solange auszuschließen, bis über den Antrag des Ersten Staatsanwalts, die Öffentlichkeit für die Dauer der ganzen Verhandlung auszuschließen, entschieden ist. Die Erörterungen über den Antrag der Staatsanwaltschaft auf generellen Ausschluß der Öffentlichkeit werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.“

Hierauf wurde der Saal bis auf weiteres geräumt. Nach mehr als fünfviertelstündiger Beratung wurde die Öffentlichkeit wiederhergestellt und sofort in die

Personalübernahme Hitlers

eingetreten, ohne daß ein Gerichtsbeschluss über den Antrag des Staatsanwalts über den Ausschluß der Öffentlichkeit verlesen wurde. Aus diesem Verfahren des Gerichts ergibt sich, daß es einstweilen bei der öffentlichen Verhandlung bleibt und daß über den Ausschluß der Öffentlichkeit von Fall zu Fall entschieden wird.

Auf die Frage des Vorsitzenden an Hitler, ob er sich vernehmen lassen wolle, erhob sich Hitler und tritt mit einer zunehmenden Verbitterung an den Richtertisch. Der Vorsitzende stellte dann kurz die Personaldaten des Angeklagten fest und fährt fort: Sie sind im Jahre 1912 als Architekturstudienrat nach München gekommen? Hitler: Jawohl, ich wollte Architekt werden. Vors.: Neben Ihren beruflichen Studien haben Sie sich auch dem Studium der Rassenfragen und der Kulturgeschichte gewidmet. Sie sind dann 1914 als Freiwilliger in die Bayerische Armee eingetreten und haben den Feldzug beim Reserve-Infanterie-Regiment 16 mitgemacht. An Kriegsauszeichnungen haben Sie das E. K. I und das Militärverdienstkreuz sowie andere Orden für hervorragende Tapferkeit erhalten. In Ihren Militärpapieren ist Ihre Führung als sehr gut bezeichnet. Sie sind einmal verwundet worden und haben einmal eine schwere Gasvergiftung erlitten? Hitler: Jawohl, es war eine Vergiftung mit deutschem Giftgas und ich war eine Zeitlang fast blind. Später hat sich dann mein Zustand gebessert, aber mit Rücksicht auf meinen Beruf als Architekt galt ich doch als vollkommener Krüppel und ich habe nie geglaubt, daß ich noch einmal eine Zeitung werde lesen können.

Vors.: Was dem Boretti sind Sie dann als t. v. entlassen worden. Hitler: In dem Lazarett in Bawswall herrschten schon seit dem 5. November 1918 vollständig revolutionäre Zustände. Ich habe meine Militärpässe gar nicht mehr bekommen, die Papiere sind alle verlost worden. Vors.: Sie sind dann im September 1919 als Bildungsoffizier zum Schützenregiment 41 gekommen und sind am 1. April 1920 aus dem Militärdienst entlassen worden. Im Jahre 1919 sind Sie der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei als Mitglied beigetreten und Sie sind seit dem 29. Juli 1921 Erster Vorsitzender dieser Partei. Man sagt, daß die Gründung der österreichischen Nationalsozialistischen Partei auf Sie zurückzuführen sei. Hitler: Nein, die ist schon vor 20 Jahren gegründet worden und hat damit nichts zu tun.

Nach dieser kurzen Personalübernahme trat um 12 Uhr eine 2 1/2-stündige Mittagspause ein. Am Nachmittag wird dann mit der eigentlichen Vernehmung Hitlers begonnen.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Die Inflationssteuer.

Zur Kritik der 3. Steuernotverordnung.

Die im Artikel I der dritten Steuernotverordnung enthaltene Regelung der Aufwertung beläßt dem Schuldner den Unterschied zwischen dem ursprünglichen Geldwert der Forderungen und dem Geldwert zur Zeit der Rückzahlung. Angenommen der Wert der zurückgezahlten Beträge ist 15 Proz. des ursprünglichen Geldwerts, so gewinnt der Schuldner damit 85 Proz. seiner früheren Schuld. Dieser Nutzen ist ihm lediglich aus der Geldentwertung zugeflossen, eigene Arbeit oder sonstige Leistungen hat er dafür nicht aufzubringen gehabt. Was mehr als neun Zehntel der Bevölkerung Not und Elend im gewaltigsten Ausmaße brachte, brachte dem Schuldner mihelosen Gewinn. In den Schuldverschreibungen der Industrie waren in der Vorkriegszeit etwa 4-5 Milliarden Goldmark angelegt, in Hypotheken auf unbebauten Grundbesitz etwa 15-20 Milliarden. Der Gewinn von Industrie und Landwirtschaft durch die Geldentwertung beträgt also zwischen 17 und 21 Milliarden Goldmark.

Hier ruht also einer der „Hohlräume“, die auch nach der Meinung des Reichsfinanzministers Dr. Luther zugunsten der Allgemeinheit ausgefüllt werden müssen, damit das deutsche Volk endgültig vor den Gefahren einer neuen Inflation bewahrt bleibt. Soweit diese Gewinne wirtschaftlich noch erfasst werden können — in voller Höhe ist das ohne Erschütterung der Wirtschaft nicht gut möglich —, muß das geschehen. Denn nur dadurch lassen sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte verstärken und die Steuerlasten derjenigen herabmindern, die jetzt überlastet sind. Da der Grundsatz der Besteuerung der Inflationsgewinne auch von der Regierung Marx-Luther anerkannt ist, trotz der Neigung, die leistungsfähigsten Schichten zu schonen, so ist vor allem die Frage zu erörtern, in welchem Umfange, in welcher Höhe und auf welche Art das geschieht.

Die dritte Steuernotverordnung unterscheidet den Geldentwertungsausgleich zugunsten des Reiches und den zugunsten der Länder. Zugunsten des Reiches soll der Geldentwertungsausgleich vorgenommen werden bei Schuldverschreibungen, bei Inanspruchnahme von Krediten und bei Ausgabe von Notgeld, zugunsten der Länder bei bebauten und unbebauten Grundstücken sowie bei Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften. Schon bei den allgemeinen Bestimmungen über diese Steuern kommt der unsoziale Geist zum Ausdruck, der in der ganzen Steuernotverordnung enthalten ist. Die Besteuerung der Schuldverschreibungen wird zwar sofort auch materiell geregelt. Für die Besteuerung der Kredite wird aber nur eine Ermächtigung zu „Vorbereitungsarbeiten“ verlangt, zur Besteuerung der Ausgabe von Notgeld wird der Finanzminister ebenfalls nur „ermächtigt“. Dagegen werden die Länder unter dem stärksten Druck gezwungen, und zwar durch Entziehung bisheriger Einnahmen und Aufbürdung neuer weitreichender Lasten, die die Meisten in kürzester Frist und erheblichem Ausmaß zu beschleichen. Zur Besteuerung der unbebauten Grundstücke werden sie wiederum nur „berechtigt“. Dasselbe ist der Fall bei der Besteuerung der Holzverkäufe.

Wie sieht nun die Regelung im einzelnen aus? Bei Schuldverschreibungen, die noch aufzuwerten sind, beträgt die Steuer 1,7 Proz., bei bereits getilgten Schuldverschreibungen erhöht sich die Steuer um den Betrag, um den der Geldwert des für die Tilgung aufgewendeten Betrages hinter dem Aufwertungssatz von 15 Proz. zurückbleibt. Die ersten 1,7 Proz. sind am 1. März 1924 fällig, die weiteren Beträge in Abständen von je einem halben Jahre in Höhe von 2 Proz. Für das besetzte Gebiet kann die Fälligkeit abweichend festgesetzt werden. In der Praxis bedeutet diese Regelung folgendes: Ein großes Industrieunternehmen hat in der Vorkriegszeit Schuldverschreibungen in Höhe von 20 Millionen Mark

ausgegeben. Sie dienen zur Erweiterung der Anlagen und erforderten bei einem Zinssatz von 5 Proz. jährlich eine Million Mark für Verzinsung. Infolge der Geldentwertung wurde seit Jahren nur ein Bruchteil dieses Betrages oder gar nichts gezahlt. Nach den Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung ist auch im Jahre 1924 nichts zu zahlen, 1925 2 Proz. von 15 Proz. der Schuld, also 60 000 Mt., 1926 90 000 Mt., 1927 120 000 Mt., ab 1928 150 000 Mt. jährlich. Selbst wenn also in vier Jahren die Zinszahlung in voller Höhe einleht, beträgt sie knapp den siebenten Teil der früheren laufenden Verpflichtung.

Für diese weitgehende Befreiung von früheren Lasten fordert das Reich als Steuer die „gewaltige“ Summe von 340 000 Goldmark. Bei bereits zurückgezahlten Schuldverschreibungen ist zwar die Steuerlast etwas höher, aber nur um den Betrag, um den die Aufwertung geringer war. Bei dieser Regelung kann ernsthaft nicht davon gesprochen werden, daß das Reich einen gerechten Ausgleich zwischen der gestiegenen Leistungsfähigkeit der großen Industriemagnaten und dem Elend des größten Teils der Bevölkerung vorgenommen hat. Im Gegenteil, es werden dem Großkapital Geschenke auf Kosten der Allgemeinheit gemacht.

Ebenso unsozial und aufreizend ist die in Aussicht genommene Regelung für die gewaltigen Gewinne, die bei der Inanspruchnahme von Papiermark während der Inflationszeit gemacht worden sind. Wenn auch zugegeben ist, daß es in der Praxis große Schwierigkeiten bereitet, diejenigen zu fassen, die letzten Endes die Gewinne bei Papiermarkkrediten eingestekt haben, so sind diese Schwierigkeiten doch nicht unüberwindlich, zumal die Reichsbank die entsprechenden Unterlagen liefern kann. Der Wortlaut der Bestimmung und das Verhalten des Finanzministeriums während der Beratungen über die dritte Steuernotverordnung lassen jedoch kaum einen Zweifel, daß der Reichsfinanzminister Dr. Luther nicht den Willen hat, diese Bestimmung schnell und ergiebig zu verwirklichen. Die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne bei Krediten zu verhindern, ist selbstverständlich auch die Absicht der großindustriellen Interessenten und der Banken.

Es ist zwar ferner vorgesehen, daß die Gewinne aus der Ausgabe von Notgeld zugunsten des Reiches besteuert werden können. Aber auch hier handelt es sich nur um eine dekorative Bestimmung, die dem Volk Sand in die Augen streuen soll. Obwohl die Verhältnisse bei der Ausgabe von Notgeld überaus klar sind und die Besteuerung auch in der Praxis leicht durchzuführen ist, wird nur eine „Ermächtigung“ verlangt. Es wird ferner bestimmt, daß die Steuer „80 Proz. des Geldentwertungsgewinnes nicht übersteigen darf“, obwohl es doch wahrlich nicht unbedeutend wäre, den unter Schädigung der Gesamtheit mit der Ausgabe von Notgeld erzielten Gewinn restlos zu konfiszieren.

Am offenkundigsten aber ist die Begünstigung der Landwirtschaft. Die Entscheidung über die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne bei unbebauten Grundstücken wird vollkommen den Ländern überlassen. Die Steuer selbst darf 2 Proz. des um den Aufwertungsbeitrag verminderten Goldmarkbetrags der dinglichen Lasten nicht übersteigen. Die erste Zahlung auf die Abgabe darf nicht vor dem 1. November 1925 fällig sein. Der Ertrag der Abgabe ist nach Möglichkeit zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu verwenden. Alle diese Bestimmungen zeigen klar die Absicht, die Landwirtschaft von der Entschuldungsbesteuerung völlig zu befreien. Auch zu der Besteuerung der Gewinne bei Holzverkäufen werden die Länder nur ermächtigt.

Im schärfsten Gegensatz zu dieser milden Behandlung der „Hohlräume“ der Wirtschaft, soweit der Besitz in Frage kommt, stehen die Absichten auf Erzielung von Goldmieten durch die Mietsteuer. Ueber diese Regelung wird im einzelnen später noch zu sprechen sein.

In dem Initiativgesetz zur Abänderung der dritten Steuernotverordnung verlangt die sozialdemokratische Fraktion,

1. daß die Besteuerung der Schuldverschreibungen von 2 auf 10 Proz. erhöht wird,
2. die Steuer soll vom 1. März 1924 in Vierteljahresraten von je 2 Proz. statt in Halbjahresraten zu entrichten sein,
3. die Ausnahmestellung des Ruhrgebietes soll gestrichen werden, da ohnedies die Steuern der Großindustrie gegen die Leistungen aus dem Ricum-Abkommen aufgerechnet werden,
4. die Länder sollen zur Erhebung des Geldentwertungsausgleichs bei unbebauten Grundstücken verpflichtet werden, anstatt wie jetzt berechtigt,
5. die Steuer selbst soll statt 2 Proz. 10 Proz. betragen,
6. bei der Bemessung der Steuer ist auf die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe Rücksicht zu nehmen,
7. die Steuer soll fällig werden erstmalig am 1. November 1924 statt am 1. November 1925,
8. auch zur Erhebung der Abgabe bei Holzverkäufen sollen die Länder verpflichtet sein.

Rehnen die bürgerlichen Parteien auch diese Anträge ab oder verweigert die Reichsregierung ihre sachliche Erledigung, so wird man sie in vollem Umfang für die damit entsetzende Verletzung wichtiger Volksinteressen verantwortlich machen.

Parteitag: 13. April!

Die bayerischen Genossen haben beim Parteivorstand gegen die Abhaltung des Parteitages am 30. März Einspruch erhoben, weil dieser Tag der letzte Sonntag vor den bayerischen Wahlen ist. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben daher, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteiausschusses, beschlossen, den Parteitag am Sonntag, den 13. April, im Landtagsgebäude beginnen zu lassen. Die Abstimmung des Parteiausschusses erfolgt brieflich.

Sollte freilich der Reichstag in den nächsten Tagen der Auflösung verfallen, so wären neue Dispositionen auch bezüglich des Parteitages notwendig.

Zerschlagung der Reichspost.

Verzögerung Bayerns und Württembergs.

Wir veröffentlichen vor einiger Zeit Meldungen, nach denen die Regierung beabsichtigt, Bayern und Württemberg bei der Neuordnung der Reichspost eine Sonderstellung einzuräumen, und knüpfte daran die Forderung, daß, wenn die Reichspost nun einmal zerschlagen werden sollte, Preußen für sich zum mindesten dieselben Rechte beanspruchen müsse, die Bayern und Württemberg eingeräumt werden. Wie notwendig diese Forderung ist, zeigt eine Mitteilung des „B. T.“, in der es über die Neugestaltung der Reichspost heißt:

„Der Verwaltungsrat (der im neuen Reichspostfinanzgesetz vorgesehen ist) soll 25 Mitglieder haben, und zwar will man geben 5 Sitze dem Reichstag, 5 Sitze dem Reichsrat, 1 Sitz dem Reichsfinanzministerium und 14 Sitze Vertretern, die vom Reichspostminister vorgeschlagen werden. Von diesen 14 Vertretern sollen wiederum 5 aus Beamtenkreisen der deutschen Reichspost stammen, so daß für Vertreter der Wirtschaft nur noch 9 Sitze verbleiben, von denen drei Sitze auf Bayern und zwei auf Württemberg entfallen. Es bleibt demnach für das ganze übrige Deutschland, einschließlich Preußen, nur eine Vertretung von vier Sitzen übrig. Eine Erweiterung des Quorums erscheint, sofern man den Verwaltungsrat der Reichspost arbeitsfähig erhalten will, nicht zweckmäßig.“

Man will also Bayern den verhältnismäßig stärksten Einfluß einräumen. Daß das eine Verletzung der Interessen des größten deutschen Landes darstellt, bedarf keines Beweises. Wie lange soll diese Verzögerung der partikularistischen Strömungen eigentlich noch anhalten?

Weiblichkeit.

Von Lena.

Die Ansichten der Menschen sind verschieden, und über die Geschmäckerei ist nicht zu streiten, — alte Wahrheit, die das Leben stets neu befruchtet.

Also ich fuhr in der Eisenbahn. Ueberfüllter Zug, ich stand im Gang und hatte Muße, die Leute vor mir im Abteil zu betrachten. Rechts ein Jüngling, der die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ las, dieses Gesicht, auf der linken unteren Wadenhälfte und am Kinn große halbmondförmige Narben, welche deutlich ihre Entstehung, die studentische Mensur, verrieten. Ihm gegenüber eine Dame mit Edelsteinknöpfen in den Ohren. Sie war in W eingestiegen. Sie mußte zum früheren dortigen Hofkreis gehören, denn alle dortigen Damen dieses Kreises tragen Ohringknöpfe im Ohrzippel. Ich habe mir immer gedacht, sie wollten so symbolisch ihre Ohren festknöpfen, damit sie still hielten und nicht zuckten, wenn irgend etwas, was immer es war, von durchlauchtigen Lippen in sie eindringen wollte. Als dritter saß da ein sehr junger Jüngling, der die beiden abwechselnd mit ehrfurchtsvollen Blicken betrachtete.

An der nächsten Station würde ein Platz frei. Ich setzte mich und konnte nun der Unterhaltung folgen, denn der Jüngling mit den Schmüssen hatte keine Zeitung beiseite gelegt und sprach mit der Dame mit den smaragdnen Ohringknöpfen:

- „Ja, wissen Sie, gnädige Frau, mein Körper...“
- Der andere Jüngling wurde noch ehrfurchtsvoller.
- „Ach gnädige Frau, Säbel, sowas habe ich schon öfter gehabt, einmal habe ich auch einen geohrfeigt.“
- „Ja, morgen früh um sechs oder um sieben, das erfahre ich noch, so genau kann man das nicht wissen.“
- „Freilich, meine Braut ängstigt sich, die kann auch kein Blut sehen.“

Alle drei lächeln mittelstidig spöttisch über die genannte Braut. Wieder eine Station. Der Herr mit den Schmüssen erhebt sich, nimmt ein elegantes Köfferchen aus dem Reg, macht eine tadellose Verbeugung, empfiehlt sich.

Als der Zug wieder in Bewegung ist, sagt die Dame mit den Ohringknöpfen zu dem sehr jungen Jüngling:

- „Kann man denn so etwas nicht einmal mit ansehen?“
- „Das geht doch nicht, gnädige Frau, bei solch schweren Sachen — Säbel ohne Binden und Bandagen.“
- „Ich wäre zu gern einmal dabei! Läßt sich das nicht machen?“
- „Rein, wirklich nicht, gnädige Frau. Dabei dürfen nur die Sekundanten sein und der Arzt, natürlich der Arzt. Dabei kann doch leicht einer tot gehen, wird einfach zu Beifall geholt.“

„Ach, das möchte ich so schrecklich gerne einmal mit ansehen!“

Wich überläuft es. Der Jüngling mit den Schmüssen ist mir nicht sympathisch, aber der Gedanke, daß er morgen früh um sechs (oder um sieben, man kann das nicht so genau wissen) zu Beifall geholt wird oder einen anderen Jüngling zu Beifall haßt, jagt mir doch ein Grauen über den Leib. Ich drücke mich in die Fensterdecke und zünde mir eine Zigarette an, denn ich muß es offen bekennen, daß ich manchmal dies Mittel anwende, um meine erregten Nerven zu beruhigen, und es war Rauchkuppe. Da sehe ich, wie die Dame mit den Ohringknöpfen mich verächtlich von oben bis unten mißt und vernehmlich zu dem sehr jungen Jüngling sagt:

- „In der Eisenbahn rauchen, wie unweiblich!“
- Und die Smaragdohringknöpfe senden giftgrüne Strahlen herüber wie grüne Schlangengaugen.

Ja, auch über „Weiblichkeit“ sind die Ansichten verschieden, wie es scheint.

„Radiomädel“.

Die neue Operette des Theaters in der Kommandantenstraße ist die prächtige Mischung von Sprücheln, Weiblichkeit, Rhythmus und Melodie. Der Schöpfer einer Operette muß wie jeder schöpferische Geist von göttlichen Funken besetzt sein. Die Fabrikanten des „Radiomädels“ besitzen ihn nicht und ersehen ihn durch Geschäftsgelbst. Sie fertigten ihr Werk nach vorliegendem Muster, wie man Möbel, Schuhe oder Anzüge fertigt. Von der Sianze. Bei der Auswahl der Muster sind sie nicht erst in die Ferne geschweift, sondern haben sich eng an die „Sektor“ angelehnt, nur daß es dem Komponisten Paul Weiner nicht gelungen ist, die einschmeichelnden Weisen seines Kollegen Hugo Hirsch zu treffen. Seine Musik entbehrt der Erfindung, sie ist eine langatmige Zuckerkuchenmusik aufdringlich lauter Arabesken und ideenarmer unordnehmer Instrumentation. Ein einziger Schöner ist ihm geglückt: „My Boy, bist du auch neu?“ dem die dünnstimmige, aber lustigbewegliche Opa Dahms sich und herzig zum schnellen Sieg verhalf.

Wenig originell sind die Länze (von Bruno Arno) und ist auch der Inhalt, den H. H. Perletz gezimmet hat, und der im übrigen zum Radio so gut wie in keinem Zusammenhang steht. Fredo schnappt seinem im fernem Ausland weilenden Freund Ralph die Braut weg und bekommt schreckliche Angst, als Ralph gerade an seinem Hochzeitstag zurückkehrt. Da aber Ralph inzwischen selbst eine andere Braut erforen hat, ist alles bald in Bunter. Ein heubeltes, melodramatisch ernst gesärbtes Lied hat den Refrain: „Europa, was warst du einst, man weiß nicht, ob du lästst oder weinst“, wonach sich der Dichter einen Besseren von den Gesangsternen (von Alfred Berg) machen kann. Den Fredo spielt in Vertretung des erkrankten Darstellers der Verfasser, so daß über die Leistung die Kritik zu schweigen hat. Jenny v. Krauß (die weggeschleppte Braut) machte sich andauernd niedlich und wirkt in ihrer gemollgezierten Manier schließlich furchtbar. Einen wirklichen Genuß be-

reiteile Kurt Bestermann mit seinen frischen Änderungen, seiner schnuppigen Selbstverständlichkeit und seinem quackfüßigen, aus dem Herzen bringenden Humor.

Eiszapfen aus Baumlast. Eine überaus merkwürdige Erscheinung, über die Regierungsrat Laubert in der „Umschau“ berichtet, wurde kürzlich an den Bäumen einer Straße beobachtet, die am Botanischen Garten in Dahlem bei Berlin vorbeiführt. In den verschiedensten Stellen der Baumkrone hingen kleinere oder größere, bis 40 Zentimeter lange Eiszapfen herunter, und zwar an den verdorrten Wundstellen der Äste, die durch das Abfähen einzelner Zweige an den vorerwähnten Tagen entstanden waren. Ohne Zweifel hatten die frischen Wunden „abblutet“, und der Blutungs-saft war, bevor er heruntertropfen konnte, zu Eis erstarrt. Das „Bluten“ ist ja bei manchen Bäumen, wie der Birke, allbekannt. Neuartig aber erscheint das winterliche ausgiebige Bluten der im Dahlem beobachteten Bäume, bei denen es sich um Bergahorn handelt. Es hatte nämlich die letzten Wochen strenges Winterwetter geherrscht, und man hätte daher nicht erwarten können, daß soviel Saft aus den Bäumen treten würde. Als man die Eiszapfen näher beschaute, fielerte trotz der herrschenden Kälte noch flüssiger Blutungs-saft aus den Wunden herab und ließ an den Stämmen, teils an den Eiszapfen herunter. Der Saft quoll nur aus den jüngeren Jahresringen des Holzkörpers. Die tieferliegenden Jahres-ringe der Thorne reichten zweifellos in Erdschichten, die nicht aktoren waren. Der Thornblutungs-saft hatte einen schroffen Geschmack. Die Eiszapfen, die in größerer Zahl von den Bäumen gesammelt wurden, wiesen bei der chemischen Untersuchung 1 Proz. Kohlen-zucker und 0,03 Proz. Asche auf.

Ein Welt-Gesundheitsrat. Die erste Sitzung des ständigen Gesundheitskomitees des Völkerverbundes, die vor kurzem stattgefunden hat, führte in den sechs verschiedenen Abteilungen zu wichtigen Beschlüssen. Die eine Abteilung beschäftigte sich mit der Forderung, daß Morphin, wie Opium, Morphinum, Kokain usw. nur noch zu ärztlichen und wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden dürfen. Sodann wurde ein Plan aufgestellt, um die Gründe für die ver-schiedenartige Verbreitung der Arztschmerzmittel in den verschiedenen Ländern festzustellen. Außerdem beschloß man sich mit den besten Mitteln gegen Malaria. Auf die Anregung Hollands soll der Gelundheitsverkehr in den Häfen zu geregelt werden, daß ein Schiff, das von einem in den Gesundheitsverhältnissen in erster Ordnung lebenden Hafen mit einem Gelundheitsattest ausfährt, in einem anderen Hafen derselben Ordnung nicht unterliegt zu werden braucht. Das wichtigste aber ist die Absicht, im fernem Osten ein Hauptquartier für die Erforschung der Seuchen zu errichten. Da der Osten vielfach der Herd von Epidemien ist, so müssen die Verhältnisse dort besonders scharf beobachtet werden.

Wahlhandlung und Volksbildung. Im Interesse der kulturellen Entwicklung des deutschen Volkes ist es dringend erforderlich, allen Arbeitenden noch Möglichkeit die Zeit zur Agitation und Idealen Fortbildung zu verschaffen, wozu das Lesen von Zeitungen, Zeitschriften und im besonderen von Büchern eine erste Stelle gebt. Der Schriftvertrieb und die deutsche Schrift-reiherie soll darum, daß die grundsätzliche Kulturhaltung des Nicht-lesenden entgegengesetzt einbringendes Bedürfnis für die Durchgeistigung der deutschen Volksgemeinschaft ist.

Der Agrartag in Breslau.

Breslau, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend trat hier der Reichslandbund zu einer Reichstagung zusammen, die ganz auf die kommenden Reichstagswahlen eingeleitet ist. Die Wahl des Logenortes dürfte eine Anerkennung für die stramme deutsch-nationale Haltung des Schlesiens Landbundes sein, während sich z. B. im pommerischen und mecklenburgischen Landbund politische Parteistellungen in der Richtung auf die Wälfischen Groeschen Färbung bemerkbar machen. Daneben ist sichlich ein gewisser Druck auf die bäuerlichen Mittelparteien beabsichtigt, die gerade in Schlesien seit längerer Zeit durch instematische Bemühungen in Abhängigkeit von den agrarischen Interessengruppierungen gebracht werden sollen. Im industriellen Mittelschleffen selbst haben daher die Demokraten nur Abwehr dieser Landbundesbestrebungen den früheren nationalliberalen Bauernbundesführer Wachhorst de Wente an Stelle des Fröhndlers Gothein aufgestellt. Das Zentrum stellt den Vorstehenden und besoldeten Geschäftsführer des Ober-schlesischen Landbundes auf, der sich hauptsächlich um die Ausschaltung und Unterwerfung der dortigen katholischen Bauernvereine bemüht. Die schlesische Zentrumspreffe hat sich unter diesem Druck bereits der Forderung nach Getreidehochzinsen angeschlossen, die arbeitslos der Landbundesparteien heute in der „Schle. Zeitschrift“ noch besonders unterföhren wird. Gestern und zunächst ein öffentlicher Penstrichungsabend statt, den der frühere Generalsekretäre Graf Proskama eröffnete, der in seiner ober-schlesischen Heimat nach dem Kriege nicht wieder zum Reichstagsausstellung worden war. Seine Worte für eine christlich-nationale Grundtöne der Volksgemeinschaft waren eine nur schlecht verhästete Empfehlung der Erneuerung des schwarzblauen Blocks. Unter den weiteren Rednern sehen natürlich auch Vertreter der „wirtschaftsrechtlichen“ gelben Landarbeiterverbände nicht, die die übrigen Landarbeitervereinigungen und die Kleinbauern ersuchen mußten. Welchen Einfluss diese Reformerarbeiten im Landbund besitzen, zeigen die ersten Beschlüsse des Gesamtkonferenzen, die gestern vor der Tagung verfaßt wurden. Darin wird verlangt, daß die gesamte Landwirtschaft zum lebenswichtigen Betrieb erklärt wird, und zwar nicht nur für die Erntezeit. Damit soll praktisch das Streikrecht der Landarbeiter ein für allemal erloscht werden. Weitere Entschlüsse feiern den verstorbenen Landbundesführer Dr. Rosche und empfehlen Fortsetzung der freiwilligen Hilfeleistung für Volksschulen, Schulfördervereine, Studentenhilfen und Patenschaften trotz der Verschärfung des Erkennstammpes der wirtschaftlichen Betriebe. Wieweit diesem begrüßenswerten Appell nach Ablauf der glänzenden Kriegs- und Inflationsgeminnzeit in der Landwirtschaft noch Folge gegeben wird, werden wir abwarten müssen.

Die Finanzlage des Reiches.

Noch immer Zuschußbedarf.

Die sieben veröffentlichte Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse in der zweiten Februarperiode ergibt, wie TL. mittelt, Ueberschüsse in Höhe von 120,1 und Auszahlungen von 177,1, also einen Zuschußbedarf von 57 Millionen Rentenmark. Der Gesamtzuschußbedarf des Reiches seit dem 16. November 1923 erhöht sich damit auf 719,8 Millionen Rentenmark. Bisher ist doch für den Februar erwartete Steuererlöse noch nicht erreicht, was darauf zurückzuführen ist, daß wichtige Steuererlöse (Einkommensteuer, Obligationsteuer) verschoben werden mußten. Das Einkommen aus diesen Steuern wird zum größten Teil erst Anfang März in die Zentralkasse fließen. Der bisherige Zuschußbedarf für Februar ist vorläufig dem Betriebsmittelfonds entnommen worden.

England und die Pfalz.

Die Sonderkommission bleibt bestehen.

London, 26. Februar. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß die unter dem Vorsitz des Obersten d'Ardenneau stehende Sonderkommission demnächst im Auftrage der Interalliierten Rheinlandkommission wieder nach Speyer gehen werde. Im übrigen, schreibt der Berichterstatter, bestehe Grund zu der Annahme, daß der Vorschlag, der genannte Sonderauschuss solle vorläufig nicht aufgelöst werden, sondern seine Inspektionen, so oft dies die örtlichen Umstände angebracht erscheinen lassen, von Zeit zu Zeit wiederholen, bis wieder normale Verhältnisse in der Verwaltung der Pfalz eingetreten seien, von London ausgegangen sei.

Belgische Regierungskrise.

Wandervelde zur Regierungübernahme bereit.

Brüssel, 26. Februar. (W.B.) Die Abstimmung über den französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag am kommenden Mittwoch wird in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung erwartet. Ministerpräsident Theunis unternimmt letzte Versuche, um die Lage zu retten. Er wird bis zur entscheidenden Kammerdebatte noch wichtige Besprechungen mit den Fraktionsführern der Parteien abhalten. Im Lager der Sozialisten ist man bereits sehr fidesbewußt, man behauptet, daß der Sturz des Kabinetts unabwendbar sei. Der Führer der sozialistischen Partei, Wandervelde, hat gestern nochmals eine Rede gehalten, in der er seine Bereitwilligkeit ankündigte, die Nachfolge der fehligen Regierung anzutreten.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Oesterreich als Vorbild?

Paris, 26. Februar. (W.B.) Das Komitee Dawes hat beschloffen, Sir Arthur Salter, den Leiter des Wirtschaftsdienstes des Völkerbundes, der gegenwärtig in Paris weilt, aufzusuchen, ihn über die zur finanziellen Wiederaufrichtung Oesterreichs angewandten Mittel zu informieren, um sie für den vorliegenden Fall in Anwendung zu bringen, ohne indessen die Lage der beiden Länder miteinander gleichstellen zu wollen. Die Anhörung Sir Arthur Salters wird ohne Zweifel am Donnerstag stattfinden.

Die Unterkommission für Bankfragen hat heute nachmittags mit den Eisenbahnsachverständigen Sir Lamorth und Benetne den Bericht über die deutschen Eisenbahnen geprüft.

Beforgnisse an der Börse.

Der freundliche Grundton, der sich bereits an der gestrigen Nachbörse bemerkbar machte, war heute fast ganz verschwunden. Die Meldung der französischen Presse über die angeblich von den Sachverständigen verlangte Verpfändung der Reichseisenbahn sowie die heutigen Ausprägungen in der Berliner Metallindustrie weckten sogar neue ernste Beforgnisse. Auch die innen- und außenpolitische Situation wirkt eher im Sinne einer Zurückhaltung. Mit einer gewissen Spannung sieht man natürlich dem endgültigen Bericht der Sachverständigenkommission entgegen. Die Gesamtlage der Effektenbörse war heute bei sehr stillem Geschäft eher etwas unsicher.

Die Geldmarktverhältnisse haben sich günstig gestaltet. Tagesliches Geld war mit 1 pro Mille und darunter reichlich angeboten.

Die Anforderungen am Devisenmarkt hielten sich auch heute in den Grenzen der vorhergehenden Tage. So waren irgendwelche größere Veränderungen nicht wahrzunehmen.

Die Werkstatt der Lustseifer.

In der Hasanenstraße, gegenüber der Hochschule für Kunst, liegt ein Komplex von roten Gebäuden. Zwischen diesen Bauten liegt ein einfacher ungeschöner Schuppen. Dort hat die Fliegergruppe der technischen Hochschule ihr Arbeitsheim aufgeschlagen. Etwa 30 junge Leute sind mit Feuerwerk dabei ihr Segelflugzeug mit dem sie auf den diesjährigen Segelflugwettbewerb neue Erfolge zu erringen hoffen, instandzusetzen. Da steht ein großer Flügel, der sich und fertig, eigentlich nur noch darauf wartet, durch die Luft geführt zu werden. Daneben arbeitet man an einer Verklebung der Flügelfläche, die bei dem letzten Bahntransport erheblich gelitten hatte. Die beschädigte Stelle ist herausgenommen, sorgsam wird ein neues Stück Sperrholz an ihrer Stelle eingepaßt, festgeleimt und aufgedrückt. An den Wänden sind Konstruktionszeichnungen von Segelflugzeugen, Spanten und andere flugtechnische Dinge aufgehängt. An den Decken hängen Modelle von Segelflugzeugen, u. a. eines, das arg mitgenommen ist durch viele Versuche. Es ist das ein Modell, das Professor v. Parlowal, der Erbauer des bekannten unstarren Verkehrsflugers, eigenhändig angefertigt hat und das der Ausgangspunkt für die Entstehung seines großen Bruders wurde, der nun schon so manchen Erfolg erzielt hat. Bei der ersten Segelfluggewinnung in der Rhein wurde dieser Apparat vom Unglück verfolgt: Er ging zu Bruch. Das mußte um so niederdrückender wirken, als das mit den einfachsten Mitteln hergestellte Segelflugzeug des Täblers Espenlaub, das noch nicht einmal zum Wettbewerb zugelassen werden sollte, da es den bautechnischen Bedingungen nicht entsprach, die schönsten Flüge machte. So bedauerlich jener Unglücksfall des nach allen Regeln der Kunst konstruierten Flugzeugs der Technischen Hochschule war, so hatte man doch aus diesem Unfall gelernt, und vielleicht hat gerade er dazu beigetragen, den endgültigen Erfolg der Arbeit zu sichern. Die jungen Leute arbeiten nach modernen Grundföhren der Arbeitsteilung. Die älteren Semester liefern die Konstruktionen, und die jüngeren beteiligen sich hervorragend an der praktischen Ausarbeitung der auf dem Reißbrett niedergelegten Gedanken. Die Aufgabe, die durch die Konstruktion von Segelflugzeugen gelöst werden soll, ist trotz der glänzenden Flüge, die allenthalben mit motorlosen Flugzeugen erzielt wurden, noch nicht bewältigt. Das starre Flugzeug soll so gestaltet werden, daß es, den Bögen gleich, auch im beweglichen Gelände zufällig entstehende Böden, sowie auch die Windrichtung ausnützt, um so zu einem dynamischen Segelflug zu kommen. Der Vogel peht seine Flügel den jeweiligen Erfordernissen rein instinktiv an. Der Mensch muß es bewußt tun, und darin liegt eine der Hauptschwierigkeiten und auch die größte Fehlerquelle, die hier auftreten kann. Vilkenthal war der erste, der durch wissenschaftliche Versuche zeigte, daß man bisher die Kräfte, die der Mensch zum Fliegen benötigte, weithin überschätzt hatte. Und so strebt man denn heute an, die fliegenden Rotoren durch geringere Kraftquellen zu ersetzen. So soll aus dem Segelflug eine Fortbildung des Motorfluges erwachsen. Dieser Aufgabe haben sich die jungen Hochschüler, die der Fliegergruppe angehören und von denen viele sich als Werkstudenten durchs Leben schlagen, mit besonderer Hingabe gewidmet. Nicht nur theoretisch, auch praktisch wollen sie mit dem Flugwesen vertraut werden. Der künftige Flugzeugingenieur soll nicht nur auf dem Papier konstruieren, sondern auch in der Luft heimisch sein.

So primitiv die Werkstatt und die Hilfsmittel, mit denen gearbeitet wird, auch sind, so erstaunlich gut ist das bisher Gelernte. Gerade dieser Umstand erweckt die Hoffnung, daß auch auf dem Gebiete des Menschenfluges noch manche Ueberraschung und manche Großtat zu erwarten ist.

Prozess Friedmann.

Zwei Preisbayer unter der Anklage des Mordes.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II wird am 27. Februar die Verhandlung gegen die Brüder des Börsenmaklers Hans Friedmann beginnen. Landgerichtsdirektor Pellaton hat für den Aufsehen erregenden Prozeß vorläufig drei Tage in Aussicht genommen. Die Anklage wegen Raubmordes richtet sich gegen den Schlichter Alexander Hoffmann und den Bäcker Alfred Schulz. Als dritter Angeklagter wird sich wegen Begünstigung nach der Tat und wegen Heberei der Bruder des zweiten Angeklagten, der Händler Bernhard Schulz zu verantworten haben.

Hoffmann und Alfred Schulz sind noch ziemlich junge Leute. Beide sind Bager, die bereits mehrfach in Amateurbörserkämpfen erste Preise errungen haben. Hoffmann ist Schwergewichtsbayer und galt in Börserkreisen als ein aufstrebender, aussichtsreicher Preisbayer, der sich auch dem Berufsberuf widmen wollte. Alfred Schulz ist Fliegengewichtsbayer. Am 14. Juli v. J. wurde der Börsenmakler Hans Friedmann in seiner im Erdgeschoß des Hauses Borsbergstraße 2 in Schöneberg gelegenen Dreizimmerwohnung mit einem eisernen Schältrichter bedeckt auf dem Erdboden liegend tot aufgefunden. Die Leiche wies Verletzungen am Kopf und Würmermale am Halse auf und es wurde ein Tod durch Erstickung festgestellt. Die Hauswirtsknechte waren zermalm. Da Schmutz, Geld, der Berg, Kleider und Wäsche fehlten, so lag der Verdacht eine Raubmordes vor. Friedmann war ein renommierter Mann, der vielfach Verkehr mit jungen Leuten, hauptsächlich unter Bägern und Athleten, Matrosen und Soldaten hatte. In seinem Schreibtisch fand man ein genaues Tagebuch über seine Besuche, in dem über 100 Namen aufgeführt waren, die meisten mit bezeichnenden Spinnamen. Friedmann war ein eifriger Besucher von Sportvereinen, und in einem Sportklub, der in einem Lokal in der Triftstraße seine regelmäßigen Abende abhielt, hatte er Hoffmann kennengelernt, und Hoffmann hatte ihn in der Folgezeit häufig besucht. Friedmann hatte ihm reiche Zuwendungen gemacht. Später war jedoch eine Entfremdung zwischen beiden eingetreten und Hoffmann, der arbeitslos geworden war, vermißte sehr die Zusage seines Freundes. Auch der zweite Angeklagte Alfred Schulz war Mitglied des Sportklubs und ebenfalls zu jener Zeit arbeitslos. Beide mußten denn den Bogen gefaßt haben, Friedmann gewaltsam zu berauben. Hoffmann war mit den Verhältnissen gut vertraut und wußte, wann er Friedmann allein treffen würde. Die Anklage, die Staatsanwaltschaftsrat Tolst vertritt, nimmt an, daß es sich um einen sorgfältig vorbereiteten Raubmord handelt. Zu der Verhandlung sind zahlreiche Sachverständige geladen, u. a. Professor Strauß, Geh.-Rat Dr. Hoffmann, Red.-Rat Dr. Eißner, Gefängnisarzt Dr. Hirsch, Gerichtschreiber Dr. Brüning und Tierarzt Degentsh.

Schmulewitsch lacht!

Der dritten Strafkammer des Landgerichts I, deren Vorsitz Landgerichtsdirektor Rörchner führt, wurde der Schneider Schmulewitsch verurteilt, um sich wegen eines Totschlages zu verantworten. Der Angeklagte ist ein kleiner Mann weit unter dem Mittelmaß, aber von unterföhler Gestalt und soll über ungeheure Kräfte verfügen, weshalb er den Spinnamen „Schmulewitsch der Bager“ führt. Er wird beschuldigt, am 2. Juli v. J. den Goldwirt Hermann Kuhnert in dessen Lokal in der Auguststraße 20 mit einem Stuhl niedergeschlagen zu haben, so daß der Schädel zertrümmert und das Gehirn zerquetscht wurde. Der Tod trat infolgedessen bald ein. Der Angeklagte lachte fortwährend, weshalb ihm davorwurfsweise Rechtsanwalt Dr. Bindar zuruft: „Lachen Sie doch nicht immer, die Sache ist doch zu ernst.“

Der Angeklagte erwidert darauf: „Ich bin eben ein gutmütiger Mensch.“ Der Angeklagte schickte den Vorgang wie folgt: Er habe im Lokal gegessen und Karten gespielt. Da sei ein russischer Kaufmann gekommen den der Wirt hinauswerfen wollte, wobei der Händler der Mantel etwas aufgerissen wurde. Dieser sei darauf in Wut geraten und habe Schandenerlach verlangt. Der Händler habe Güter auf die Erde geworfen und ein Glas erhoben um es den Wirt auf den Kopf zu schlagen. Da sei er aufgesprungen um Frieden zu stiften. Er habe einen Stuhl ergriffen und wolle damit dem Mann das Glas aus der Hand schlagen und da sei der Wirt losgewildert gekommen und der Stuhl habe ihn getroffen. Vorj.: „Sie lassen den Spinnamen „Der Bager“ haben?“ Angeklagter: „Herr Rat, ich bin kein Bager, ich bin Schneider.“ Die Witwe des Kaufmanns schildert ihren Mann als einen ruhigen und ordentlichen Mann dem die Russländer in seinem Lokal viel zu schaffen machten. Der Angeklagte sei ein gewalttätiger Mensch. Er habe schon einmal einen Russen blutig geschlagen. Als der Mann auf der Erde lag habe Schmulewitsch ihn hehlich auslacht. Auch beim Untersuchungsrichter habe er dauernd gelacht. Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Die „Autowacht“.

Ein Protest der Berufskraftfahrer.

Eine vom Verkehrsband im „Englischen Hof“ abgehaltene öffentliche Protestversammlung der Berufskraftfahrer beschäftigte sich mit den drohenden polizeilichen Maßnahmen gegen den Kraftwagenverkehr.

Der erste Redner, Berufskraftfahrer Otto Henl, gab eine vor kurzen durch die gesamte bürgerliche Presse gegangene Notiz der Pressestelle des Berliner Polizeipräsidenten bekannt. In dieser Notiz heißt es, daß in Zukunft die härtesten Maßnahmen gegen fehlerhafte Kraftwagenführer ergriffen werden. Die Entziehung des Führerscheines soll ohne Rücksicht auf das Schicksal der davon Betroffenen durchgeführt werden. Für die vorgeschriebenen Unfälle liege die Hauptschuld bei den Behörden selbst, weil die seit Jahren gemachten Vorschläge, eine hinreichende Ausbildung der Kraftwagenführer in staatlichen und kommunalen Schulen vorzunehmen, stets in den Wind geschlagen wurden. Vor allen Dingen lasse es heute das die Straßen passierende Publikum an der genügenden Aufmerksamkeit fehlen. Auch die mangelhafte Beleuchtung der Berliner Straßen trage zur Unsicherheit des Verkehrs bei.

Franz Reilig, Mitglied des Reichsausschusses für die Kraftfahrwesen, führte aus, daß die Maßnahmen des Polizeipräsidenten auf eine ungehörige Weise zurückzuführen seien. In dieser Angelegenheit sollen jetzt Verhandlungen stattfinden. Nach der Statistik ist eine große Zunahme besonders von Person- und Lastkraftwagen zu verzeichnen. Die Zahl der Unfälle war in der letzten Zeit im Annehmen begriffen. In die Gruppe der Personkraftfahrer sind zum großen Teil Herenfahrer eingedrungen, und dort haben sich die Unfälle vermehrt. In diesem Quartal ist sogar eine Anzahl Verlesene festgestellt worden, die nicht einmal im Besitz eines Führerscheines waren. Es werden oftmals Leute auf das Publikum losgelassen, die meistens in einer Privatföhre nur eine sehr mangelhafte und kurze Ausbildung durchgemacht haben. Alle diese Mängel werden ungerichtetweise den Berufskraftfahrern zur Last gelegt. Bei den Lastkraftwagen kommt noch in Betracht, daß viele Fahrer die Waagen selbst entladen müssen. Durch Ueberarbeitung und ungenügende Ruhe wird die Unfallgefahr natürlich vergrößert. Strafmandate sind auch wegen unverschämter Nichtbeleuchtung des hinteren Kennzeichens festgestellt worden. Bei der Ueberschreitung der Stundenbeschränkung kommen meistens Herenfahrer in Betracht. Oftmals besteht aber bei den Behörden eine Unkenntnis der Gesetzesvorschriften über den Kraftwagenverkehr. An den verkehrsreichen Stellen dürfen nur die tüchtigsten Polizeibeamten Dienst tun. Aufrabe der Organisation wird es sein, den Berufskraftfahrern auch fernerhin allen Schutz angedeihen zu lassen. Wenn alle wie ein Mann zusammenstehen, wird man die hier bedrohte Existenz am allerbesten schützen können.

Nach ausgiebiger Debatte wurde eine Entschlieung einstimmig angenommen, die im Sinne der von den Rednern gemachten Ausführungen gehalten ist und unter Mitwirkung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Schaffung einer „Autowacht“ fordert, die den Straßenverkehr regeln hilft. Des weiteren fordern die Verammelten, daß bei Entziehung von Führerscheinen der abgeänderte § 5 des Automobilgesetzes zur Anwendung gelangt, wozu nur in Ausnahmefällen der Rekurs keine ausschließliche Wirkung hat, während in der Regel dem Betroffenen der Führerschein bleibt, solange der Rekurs noch nicht in letzter Instanz erledigt ist. Die Verammelten beauftragen den Deutschen Verkehrsband, Abteilung Kraftfahrer, bei den Behörden in diesem Sinne die Verhandlungen zu führen.

Ein Votermörder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Vor der Strafkammer in Frankfurt a. d. O. hatte sich der Gutsbesitzer Bill Schnabel wegen Ermordung seines Vaters zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schnabel die Todesstrafe. Landgerichtsdirektor Dr. Siebert verkündete im Urteil, daß der Fall nahe an Wurd grenze, daß aber doch gewisse Zweifelsmomente beständen. Immerhin habe mit Rücksicht auf die furchtbare Schwere der Tat auf die Höchststrafe erkannt werden müssen, und der Angeklagte wurde deshalb zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Wintersaufbruch. Am Donnerstag, den 26., beginnt im August-Victoria-Haus, Charlottenburg, Franzstraße (Straßenbahnstation) ein Auszug für Männer und Mädchen, in dem all das praktische und theoretisch gelehrt werden wird, was ein Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Auszug umfasst vier Doppelstunden, jeweils Donnerstags von 3 bis 5 Uhr. Preis 5 Goldmark. Anmeldungen werden im Bureau der Anstalt entgegen genommen.

Neuer Höhenwetterford. Der amerikanische Fliegerleutnant Mc. Ready hat einen neuen Höhenwetterford aufgestellt, indem es ihm gelang, eine Höhe von 12 496 Metern zu erreichen. Der bisherige Rekord Letzug 11 145 Meter und war von dem Franzosen Sadi-Cocconi aufgestellt worden.

Wieder einmal der „ungeladene“ Revolver. Der Techniker Vicuna aus Rittowida, der bei einem Freunde in Hainichen übernachtete, hielt sich einen geladenen Revolver an die Schenke und brückte ab in der Meinung, daß die Waffe ungeladen sei. Die Revolver drang ihm ins Gehirn und führte seinen sofortigen Tod herbei. Vicuna ist ein Sohn des silesischen Generalkonjuls in Berlin.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 26. Februar:

8. Ubr. Treffpunkt zur Kreismitgliederversammlung heute abend 6 1/2 Uhr Untere Grundbahnstraße.
10. Ubr. 7 Uhr Kreismitgliederversammlung der Arbeiter, Brunnhainstraße 12, 2. Stiege. 4. Thema: „Die Frau und der Sozialismus“.
11. Ubr. Heute 7 1/2 Uhr: engere Kreismitgliederversammlung in der Wohnung des Genossen Berg.
11. Ubr. Heute abend 7 1/2 Uhr: bei Rosa, Sudenerstr. 19. Kreismitgliederversammlung der 144. Bezirksstraße.

Morgen, Mittwoch, den 27. Februar:

7. Kreis Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Rosa, Rammelsdorf 2, vom 3. Etz. Wichtige Besprechung der Kreisleitungsmitgliederinnen. Gefühnen Tisch.
11. Ubr. Die Mitgliederversammlung findet am 5. März an bekannter Stelle statt. Die Berichtsföhre werden erlaucht, dazu einzuladen.
11. Ubr. Charlottenburg, 1. Gruppe, 7 1/2 Uhr bei Ernst, Kanitz 51. Vortrag des Gen. Falder, R. d. R. über: „Warum sind wir Sozialisten?“ 6000 haben Zutritt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Skandal der Schiedsprüche.

Das Schlichtungsverfahren soll wirtschaftliche Kämpfe verhindern und solche, die ausgebrochen sind, beilegen. Herr Dr. Brauns hat es zuwege gebracht, daß dieser klare Zweck des Schlichtungsverfahrens in sein Gegenteil verkehrt wird. Im Reichsarbeitsministerium oder von den vom Reichsarbeitsminister ernannten Schlichtern werden seit Wochen Schiedsprüche gefällt, die weitgehend zu den größten wirtschaftlichen Kämpfen führen. Die in den letzten zwei Monaten dauernden Kämpfe in Rheinland-Westfalen sind direkte Auswirkung von Schiedsprüchen, die übrigens meist mit der Arbeitszeitverordnung des Reichsarbeitsministers in Einklang zu bringen sind. Diese Schiedsprüche, für die Arbeitnehmer von vornherein unannehmbar sind, werden dann noch für allgemein verbindlich erklärt.

Der an sich geringfügige Streik der Berliner Mühlenarbeiter — es kommen dabei insgesamt etwa 500 Personen in Frage — der nur durch das Eingreifen der Militärbehörden erst eine große Bedeutung erlangt hat, ist gleichfalls infolge eines Schiedspruches ausgebrochen. Dieser Schiedspruch hat die innerhalb von zwei Monaten um zwei Drittel reduzierten Löhne weiter herabgesetzt.

Schon ist auf den Hamburger und Kieler Werften gleichfalls infolge eines für verbindlich erklärten Schiedspruches, der die Arbeitszeit ohne jede Vorbedingung auf 54 Stunden die Woche verlängert, also selbst mit der Arbeitszeitverordnung im Widerspruch steht, ein großer wirtschaftlicher Kampf ausgebrochen. Die Arbeiter haben fast einstimmig den Schiedspruch abgelehnt. Sie sind am Montag zur Arbeit gegangen, haben aber nach achtfündiger Arbeitszeit die Werften verlassen. Daraufhin erfolgte die Aussperrung.

Wie lange soll dieses „Schlichtungsverfahren“ zur Entfesselung wirtschaftlicher Kämpfe noch forgesetzt werden? Glaubt etwa der Reichsarbeitsminister kein Ministerium dadurch vom Abbau zu retten, daß er sich den Wünschen der Schlichter gefällig zeigt?

Es braucht keiner besonderen Prophetengabe, um vorauszu sehen, daß dieser von der Regierung ausgeübte Zwang zu wirtschaftlichen Kämpfen arbeitslose Wirkungen haben muß. Auch wenn die Arbeiter in den ihnen aufgezwungenen Kämpfen nicht unterliegen sollten, früher oder später werden sie ihre Reserven aufbrauchen. Die jetzt entsetzten Kämpfe werden also weitere Kämpfe zur Folge haben, über deren Schärfe und Auswirkung sich niemand wird wundern dürfen.

Aussperrung in der Berliner Metallindustrie.

In 53 Betrieben der Berliner Metallindustrie sind heute Aussperrungen der Arbeiter vorgenommen worden. Am 15. Januar waren zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie Vereinbarungen getroffen worden, wonach die Arbeitgeber berechtigt sein sollten, die Arbeitszeit bis auf 9 Stunden täglich oder 54 Stunden wöchentlich auszudehnen. Sobald dies die wirtschaftliche Lage erfordert. Da sich nunmehr die Drucker gewelkelt haben, in diese Verlängerung einzuwilligen, solange Arbeitslose vorhanden sind, sondern heute die ersten Aussperrungen statt. Bei den Großbetrieben wie HSB, Siemens usw. wurde ein Teil der Belegschaft ausgesperrt, und kleinere Betriebe wurden fast sämtlich stillgelegt. Weitere Verhandlungen zwischen den beiden Parteien haben bisher noch nicht stattgefunden. Der Deutsche Metallarbeiterverband, Ortsgruppe Berlin, hat für heute nachmittags eine Sitzung seiner Funktionäre einberufen, um zur Lage Stellung zu nehmen.

Tagung des Baugewerksbundes.

Bundesrat und Bundesvorstand des Deutschen Baugewerksbundes waren am 18. und 19. Februar im Hamburg verammelt, um wichtige Organisationsfragen zu behandeln. Der Bundesvorsitzende Genosse Baepfaw schilberte den Stand der Organisation und den Tarifvertrag. Die Finanzen des Bundes sind geschwächt, und der Mitgliederstand infolge der großen Arbeitslosigkeit fast zurückgegangen. Die Verbandstätigkeit wies Ende Januar 61,4 Proz. Arbeitslose auf, durchschnittlich 67,3 Proz. In Wirklichkeit sei die Arbeitslosigkeit noch höher und umfasse zurzeit 80 bis 90 Proz. aller Mitglieder. Es fehle nur noch, daß die Bauarbeit zu Notstands- und Pflichtarbeit gestempelt wird. Das Arbeitszeitgesetz habe nicht nur die Arbeiterinteressen schwer geschädigt, es schade auch die deutsche Wirtschaft. Seit 12. Februar ist das Baugewerbe tariflos. Dr. Wagner befürwortete, daß durch die dritte Bauverordnung der Wohnungsbau gelähmt wird. Die Unternehmer glauben selbst nicht an größere Konkurrenzfähigkeit durch Verlängerung der Arbeitszeit. Es drehe sich für sie nur um die Beseitigung der Revolutionserregenschaften. In seinem Schlusswort erklärte Baepfaw den Kampf gegen jede Arbeitszeitverlängerung bis zum letzten als höchste Aufgabe des Bundes.

Die Erwerbslosenunterstützung soll sobald als möglich wieder eingeführt werden. Zunächst müsse der Bund die nötigen Mittel zu Kampzzwecken haben. Es wurden daher neue Beiträge, Löhne und Abänderungen im Unterstützungsweisen beschlossen. Die Beiträge beginnen mit 20 Pf. für die Hauptklasse und 10 Pf. für die Nebeklassen und enden, dem Stundenlohn entsprechend, bis zu 75 bzw. 30 Pf. Grundlohn ist ein Stundenlohn für die Hauptklasse. Die Beiträge für die Vereinskassen sind Mindestsätze.

Achtung!
Mitglieder des
Metallarbeiter-Verbandes.
Caute Beachtung der Ortsverwaltung diesen ab 1. März 1924 bis auf weiteres die Büros von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr ununterbrochen geöffnet
1677 Die Ortsverwaltung.

Trauringe
333 gestempelt v. 3 Gm. an | Versand nach
543 | v. 6 | außerhalb
909 | v. 9 | Deutschlands
Ankauf Brillanten-, Gold-, Silber-,
Platin-Bruch, Zahngebisse.
Goldschmiedewerk-
statt am Zoo, Alex. Seitenbach,
Kurfürstendamm 245. 194/14

15 Mark
während an ev. Sie bei 11. Angabig
ein- | **Möbel** | jeder
zelte
sowie zu benutzbar günstiger Tellaubig.
Anzahl, Schloß, Sofa, Herrenschränke,
Küchengeräte, Tisch, Stühle, Betten,
Extra- | **Barthel** |
Sondener Str. 54
nahe Zieg. Str. 11
Geogr. 1870

Berlin C., Alexanderstr. 31 | 14. April 1923.
Möbel Müller!
Speisezimmer, Herrenschränke
Wohn- und Schlafzimmer, sowie
Etagenmöbel ab Fabrik zu billigen, Preis

Strickwesten
Elegante Kinderkleidung
Ständ. großes Fabriklager in Strick-
und Wirkwaren aller Art zum
Einkauf
Braun, Richter & Co. | Fabrik-Niederlage
in Strick- und Wirkwaren
Bln.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1
(Ecke Üreite Straße)

weltunter Fabrikpreis.
rein orient. heiler Tabak, dick
ohne und Gold,
10 M. pro Millie
Sohn und andere bekannte
Marken außerst billig!
Große Frankfurter Str. 33
am Strausberger Platz
Geschäftszeit 11-7

Die Verhandlungen über den Ausschluß des Arbeiterverbandes führten dazu, den Kartellgruppen allgemein eine bessere Vertretung in den Vorständen zu sichern und, soweit notwendig, auch eine bessere literarische Berücksichtigung. Die hierzu notwendigen Satzungsänderungen werden dem nächsten Bundestag zur Annahme empfohlen, der noch in diesem Jahre abgehalten wird.

In den drei Entschlüssen wird die Stellung des Bundes zur Arbeitszeitfrage unzweifelhaft festgelegt — kein Tarifvertrag ohne die Grundlage des Achtstundentages —, seine Stellung zur Pflichtarbeit präzisiert und gegen die Gewerkschaftsvertreter an alle Funktionäre und Verwaltungsorgane des Bundes appelliert, die Grundätze und Satzungen des Bundes hochzuhalten, jede organisatorische Gemeinschaft zu lösen mit Kollegen, die nach den Befehlen außerselbständiger Körperschaften sogenannte Oppositionsarbeit im Bunde betreiben, um diesen zu zerreißen.

Nach allem dürfte der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf das festhalten, seine sinnlose provokatorische Forderung einer regelmäßigen täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden — ohne Pausen — fallen zu lassen und seinen Entwurf im übrigen einer fortschrittlicheren Korrektur zu unterziehen, wenn er will, daß im Frühjahr nicht gestreikt werden muß, sondern gebaut wird.

Erfolg der Tapeziererbewegung.

Die am Freitag in den Betrieben erhobene Forderung von 10 Proz. Lohnerhöhung hatte zur Folge, daß sich dieselben Arbeitgeber, die noch eben unter Ablehnung jeder Verhandlung einseitig die Löhne kürzen wollten, bei der Tapeziererorganisation über die „Mitarbeiter“ Lohnforderungen der Arbeiter sich beschwerten. In den nunmehr stattgefundenen Verhandlungen konnten sich die Unternehmer anfangs nicht zu Zugeständnissen für den Monat Februar verstehen, sagten aber für die erste Hälfte des März eine Lohnerhöhung auf 65 Pf. zu. Die Organisationsleiter verlangten für Februar eine Ausgleichszulage von 5 M. Schließlich kam eine Einigung zustande, die an Stelle der geforderten 5 M. eine Abfindung von 1 M. für jede Februarwoche brachte und für die Märzlohne den Unternehmern vorläufig anerkannte. Streitfälle, die sich aus dem Vorgehen der Arbeiterschaft am Freitag ergeben sollten, werden von einer paritätischen Kommission erledigt.

Eine Tapeziererorganisationsversammlung nahm am Sonntag das Verhandlungsergebnis gegen eine größere Rinderheit an. Die Brauereikommission wurde noch beauftragt, den Abschluß eines neuen Kartelltarifvertrags zu betreiben.

Dank vom Hause Krupp.

Esien, 25. Februar. (Ereiner Drohtbericht) Die Kruppische Wulffschiffabrik in Esien bemüht sich augenblicklich mit aller Energie, ihren Arbeitern den Dank für ihre patriotische und heroische Haltung während des Ruhrkrieges auszudrücken. Das alle Antreiber-System ist wieder in Übung gekommen. Viel gefeiert wird auch von den Arbeitern über die Brutalität bei den Lohnabrechnungen. In den letzten Wochen wurden in zahlreichen Fällen als Schuldbeiträge für Erkennung von Kohle usw. und für Miete der Werkwohnungen restlos und rücksichtslos am Lohnstage abgezogen. So daß Familienmütter mit großer Kinderzahl ohne eine Papiermark in der Lohnkassette nach Hause gehen mußten. Schlimm geht es natürlich den kleinen Pensionären, weil die zur Auszahlung kommenden Beträge nur noch Bruchteile der früher gezahlten Pensionen darstellen und absolut nicht genügen, um den Veteranen der Arbeit ein kümmerliches Leben fristen zu lassen. Die Wulffschiffabrik Krupp, die früher ihre Pensionseinrichtungen als große soziale Tat hinstellte, kümmert sich nicht um das Schicksal der Armen.

Nach zu Anfang des Jahres 1923 beschäftigte Krupp rund 58 000 Personen. Heute sind die Belegschaften bis auf 29 700 Mann abgebaut worden. Voller Beschäftigung ist nur noch für 6 600 Arbeiter vorhanden. Die Arbeiter arbeiten also durchschnittlich 30 bis 40 Stunden pro Woche, während circa 1 900 unbeschäftigte Arbeiter wöchentlich nur 24 Stunden beschäftigt werden können. Die Stundenlöhne betragen 41 bis 52 Pf. und, wenn in Accord gearbeitet wird, 58 Pf.

Beschlüsse der Bergarbeiterinternationale.

Gegen die Arbeitszeitverlängerung im Bergbau.

Das Komitee der Bergarbeiterinternationale hat am Sonntag in Brüssel getagt. Frankreich, Großbritannien, Spanien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Holland und Deutschland waren vertreten. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, die erklärt, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in keinem Lande das richtige Mittel sei, das durch den Krieg gelöste Gleichgewicht wiederherzustellen. Das Komitee fordert die Bergarbeiterverbände aller Länder auf, sich mit allen zweckentsprechenden Mitteln der Verlängerung der gegenwärtigen Arbeitszeit in den Bergwerken zu widersetzen. In einer zweiten Entschlüsselung werden die Gewerkschaftszentren aller Länder aufgefordert, bei ihren Regierungen wegen der sofortigen Ratifikation der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag vorstellig zu werden.

Weiter wurden die Bestimmungen für die Aufnahme in den Verband genehmigt. Man behielt sich die Entscheidung über die Zulassung Russlands vor; man gab der Meinung Ausdruck, daß die russischen Grubenarbeiter, die man auf die Zahl von 300 000 geschätzt hat, zunächst den Beweis liefern müßten, daß sie in der Lage seien, unabhängig von der nationalen Moskauer Politik alle Beschlüsse der Kongresse und Komitees auszuführen. Der nächste Kongress des internationalen Grubenarbeiterverbandes wird vom 4. bis 9. August in Prag stattfinden.

Die Sperre über die Zigarettenfabrik Maxara, Ritterstr. 19, wird hiermit aufgehoben. Deutscher Tabakarbeiterverband.

Aus der Partei.

Stellungnahme der Parteioorganisationen.

Auf der Unterbezirkskonferenz Anhalt 2 wurde folgende Entschlüsselung einstimmig angenommen:

„Die in Bernburg tagende Unterbezirkskonferenz für den Unterbezirk Anhalt 2 würdigt die außerordentlich schwierige Stellung der Partei als Widerstandspartei im Reichstagswahlkampf und erkennt an, daß die Reichstagsfraktion unter den schwierigsten Umständen die Interessen der Kopf- und Handarbeiter als auch der Beamten und Angestellten in jeder Hinsicht wahrzunehmen und die Erwerbslosen der Revolution auf sozialem und politischem Gebiet verteidigt hat und spricht ihr deshalb das Vertrauen aus. Sie bedauert nur, daß die Reichstagsfraktion nicht immer konsequent genug sich der Entwicklung der Reichspolitik nach rechts, die mit dem Sturz der Weimarer Regierung begann, entgegengestellt hat. Unter allen Umständen hätte die Bildung einer Regierung unter Führung der Volkspartei und erst recht die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung verhindert werden müssen.“

Die Konferenz erklärt sich mit der Tätigkeit des Bsp. Genossen Bender einverstanden und bringt ihn als Kandidaten für den Reichstag dem Bezirk Magdeburg-Anhalt in Vorschlag.“

In Auerbach (Vogtland) sprach Genosse Liebmann für die Rinderheit der Landbauernfraktion und Genosse Schurig für die Fraktionsmehrheit. Der Entwurf der Unterbezirkskonferenz ist in Resolutionen niedergelegt, deren erste sich für eine Verständigung im sächsischen Konflikt ausspricht. Die zweite Entschlüsselung hält es für zweckmäßig, zur Bekämpfung dieser Krise den Landtag aufzulösen, und außerdem bekennen sich in ihre die Parteigenossen zur Demokratie in der Partei.

In der Unterbezirkskonferenz zu Delsnig wurde nach einer sehr ausgiebigen Debatte ein Beschluß mit allen gegen drei Stimmen gefaßt, in dem als wichtigste Aufgabe des Parteitag die Revivierung des politischen Kurles der WPD bezeichnet wird. Im sächsischen Konflikt stellt sich dieser Beschluß auf den Boden der auf den Landesparteikonferenzen festgelegten Politik und verlangt von der Fraktion, daß sie geschlossen diesen Beschlüssen entsprechend ihre Politik treibt.

Am 17. sächsischen Unterbezirk sprach Genosse Dittmann über „Die politische Lage im Reich und in Sachsen“. Ihm trat Genosse Dr. Lepi als Korreferent entgegen. In der Diskussion sprachen Genossen Gerlach-Chemnitz, Kollner, Berlin, Chemnitz, Minna Schilling-Döbeln, Scheider-Meerane, Müller-Chemnitz. Am Schluß wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Verammlung stimmt den Ausführungen des Genossen Dittmann zu und erwartet von der Parteileitung, daß sie alles tut, um die Selbstständigkeit der Partei zu erhalten. Zur sächsischen Frage erklärt die Verammlung, daß der Parteitag die Entscheidung zu fällen hat. Es darf nicht verkannt werden, daß die 25 Genossen der Fraktion in schwerer Lage gehandelt haben.“

Eine Resolution, die die Politik der Fraktionsmehrheit des Reichstages verurteilt und ersucht, keine Kandidaten zum Reichstag aufzustellen, die für das Genossenschaftsgesetz gestimmt haben, wurde abgelehnt. Folgende Genossen werden dem Bezirksvorstand als Reichstagskandidaten in Vorschlag gebracht: Maltenhuber mit 175, Schilling mit 142, Ruhn mit 124, Städtien mit 109 Stimmen. — Es erhielten ferner Stimmen Bruchardt 76, Bender 58, Ströbel 55, Böhke 40, Seel 2.

Wirtschaft

Der russische Schmuggelhandel.

Das amtliche Wirtschaftsorgan der Sowjetregierung, die „Ekononisticheskaja Schina“ unternimmt einen interessanten Versuch, um die Bedeutung des Schmuggelhandels für Rußland festzustellen. Vor dem Kriege nahm man an, daß von zehn Schmuggelern einer auf frischer Tat erwischt wird. Heute dagegen, meint die Zeitung, habe sich dieses Verhältnis wesentlich geändert. Erstens sei der Grenzschutz bedeutend schwächer als vor dem Kriege, und es gelinge viel seltener, die Schmuggler zu verhaften. Zweitens besteht bekanntlich in Rußland ein Kußhandelsmonopol, und Privathändler, die ihre Ware sonst ruhig über das Schloß führen, versuchen jetzt, die Waren über die Grenze zu schmuggeln. Man muß also heute davon ausgehen, daß höchstens von 30 Schmugglern einer erwischt wird. Nun hat man aber im vorigen Jahre 28 335 Schmuggler an der Grenze verhaftet, und der Wert der bei ihnen konfiszierten Waren belief sich auf etwa 2 Millionen Rubel. Multipliziert man diese Zahl mit 30, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Schmuggelhandel bei der Einfuhr sich im vorigen Jahre auf etwa 60 Millionen und bei der Ausfuhr auf 13 Millionen Goldrubel belief. Dagegen hat die vollständig erlosche normale Einfuhr in dem gleichen Zeitraum 148 Millionen und die Ausfuhr 133 Millionen betragen. Der Schmuggelhandel belief sich also auf 40 Prozent der normalen Einfuhr und 10 Prozent der normalen Ausfuhr.

Durch den Schmuggelhandel erleidet Rußland große finanzielle Verluste. In dem erwähnten Artikel wird berechnet, daß der Staat an Zöllen allein über 20 Millionen Goldrubel eingebüßt hat.

Verantwortlich für Text: Carl Reuter; Wirtschaft: J. U.; Carl Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. D. Schlegel; Politik und Sonstiges: Fritz Rühl; Anzeigen: H. O. G. Schmidt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin G. B., Lindenstraße 2.

Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes.
Caute Beachtung der Ortsverwaltung diesen ab 1. März 1924 bis auf weiteres die Büros von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr ununterbrochen geöffnet
1677 Die Ortsverwaltung.

15 Mark
während an ev. Sie bei 11. Angabig
ein- | **Möbel** | jeder
zelte
sowie zu benutzbar günstiger Tellaubig.
Anzahl, Schloß, Sofa, Herrenschränke,
Küchengeräte, Tisch, Stühle, Betten,
Extra- | **Barthel** |
Sondener Str. 54
nahe Zieg. Str. 11
Geogr. 1870

Strickwesten
Elegante Kinderkleidung
Ständ. großes Fabriklager in Strick-
und Wirkwaren aller Art zum
Einkauf
Braun, Richter & Co. | Fabrik-Niederlage
in Strick- und Wirkwaren
Bln.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1
(Ecke Üreite Straße)

Wusfern Frauen
im „Vorwärts“
Eine halbmontatsschrift
mit farbigem Umschlag,
vielen Bildern im Text.
Unterhaltung u. Kurzweil
und schon *Wochen*
im *Vorwärts* zur *Lesen!*
Für 30 Pfennig das Heft
besorgt es
jede Ausgabestelle und jede
Botenfrau des „Vorwärts“

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife
66% Feltgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher
Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 55, Colmarer Straße 5-9.

Gardinen
Sonderangebote - Räfte
in Rosten
Stark, Velledes
Metris und
Kleiderstoffe.
Spezial-Tarifenvertrieb
Raukolln, Burgstr. 57
am Ringbahnho.

Kinderland 1924
Ein Buch für unsere Jungen
und Mädchen
Mit reichem Bilderreichtum
beschriebene Abenteuer-
erzählungen — auch be-
lehrenden Inhalt, ladene
G. d. die machen das Buch
zu einem immer wieder
genen in die hand genom-
menen Geschenk
Preis 1.- Mark
zu haben bei allen Fraktionspediteuren
und in der
Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3

Volkskleidung
Rosen
Gummiknäuel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berufskleidung
Gute Ware!
Billige Preise!
Gerh. Kohlen
Neukölln
Hermannstr. 16/77.

Wittig Ou
Deinem Mann
was kaufen,
mußt zu
Rosen-Anders
taufen.
Berufskleidung
Strickwesten
Tricotagen
Socken
Taschent. cher
A. Anders,
Beusselstr. 25